

Auszug aus:

Markus Meckel Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig 2020, S. 325ff

(ungekürzte Fassung)

Diskussion um Regierungsbeteiligung

Schon während der Delegiertenkonferenz im Januar wie auch beim ordentlichen Parteitag in Leipzig stand fest: eine Koalition mit der PDS kam für uns nicht in Frage und wurde einhellig abgelehnt. Diese Aussage war auch Teil des verabschiedeten Wahlprogramms.

Der Wahlkampf wurde im Februar und März 1990 immer härter. Wir Sozialdemokraten mussten uns ständig gegen Denunziationen wehren. In diesen demagogischen Verleumdungen, die uns in die Nähe der PDS rückten, tat sich insbesondere die in Leipzig durch Initiative der bayrischen CSU gegründete DSU hervor. Die Verärgerung darüber führte dann am 10. März zu einem Vorstandsbeschluss der Ost-SPD, der eine Koalition auch mit der DSU ablehnte. Ich selbst war bei dieser Sitzung nicht anwesend, hätte mich ansonsten – trotz aller Skepsis gegenüber der DSU – gegen einen solchen Beschluss gewandt, da mir eine möglichst große Offenheit wichtig erschien. Die einzige Koalitionsaussage, die ich vor der Wahl wichtig fand, war die oben genannte: keine Koalition mit der PDS.

Am 19. März, dem Montag nach der Wahl, trafen sich das Parteipräsidium und der Vorstand der Ost-SPD. Nach strittiger Diskussion wurde vom Vorstand mit Mehrheit eine Erklärung verabschiedet, die noch einmal bekräftigte, dass eine Regierungsbeteiligung unter Einschluss von PDS und DSU für die SPD nicht in Frage komme. Deshalb wurde dem Parteirat und der Fraktion empfohlen, „eine Beteiligung an einer von der Allianz geführten Regierung abzulehnen.“ Gleichwohl wurden jedoch Informationsgespräche „mit allen am politischen Prozess beteiligten Kräften“ angekündigt. Die Mehrheit im Vorstand unter der Führung von Ibrahim Böhme agierte mit großer Leidenschaft gegen Überlegungen, eine Regierungsbeteiligung anzustreben. Sie wollte sich gegen eine von der CDU-

geführte Regierung als „soziales Gewissen der Einheit“ profilieren. Eine große Rolle spielten auch die Verletzungen durch die Verleumdungen im Wahlkampf. Wir dagegen, d.h. außer mir selbst Richard Schröder, Reinhard Höppner, Frank Terpe und Martin Gutzeit, traten gegen eine zu frühe Festlegung ein und tendierten zur Regierungsbeteiligung. Es erschien uns historisch höchst fragwürdig, die Chance auszuschlagen, die deutsche Einheit aktiv mitzugestalten, sofern die Möglichkeit bestände, eigene Inhalte und Ziele in diese Gestaltung einzubringen. Außerdem hatten wir keine Sehnsucht nach einer Oppositionsrolle an der Seite der PDS, welche ungetrübt von jeglichem Realitätssinn immer radikalere Positionen vertreten würde.

Mit dem schnellen Votum des Vorstands versuchte Ibrahim Böhme unmittelbar nach der Wahl eine Entscheidung zu präjudizieren, während in der Partei gerade eine leidenschaftliche Diskussion zur Koalitionsbeteiligung begann. Diese wurde am 20. März im Parteirat und am 21. März in der sich konstituierenden SPD-Fraktion der Volkskammer ebenfalls intensiv geführt. Dabei zeigte sich jedoch, dass die Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung in der Fraktion deutlich größer war als im Parteivorstand. Informationsgespräche mit der CDU wurden aber von allen akzeptiert.

Nach einem entsprechenden Beschluss des Präsidiums der CDU lud Lothar de Maiziere die SPD schriftlich zu Informationsgesprächen ein. Am Rande der ersten Fraktionssitzung am 21.3. sprach Ibrahim Böhme, der in dieser Sitzung entsprechend dem Votum des Parteivorstandes zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, Richard Schröder und mich an und bat uns, gemeinsam die Einladung zum Gespräch mit de Maiziere wahrzunehmen. Zur Vorbereitung dieses Gesprächs hatte ich mich für den 22. März mit Lothar de Maiziere zu einem Vorgespräch unter vier Augen verabredet und besuchte ihn in seinem Dienstsitz gegenüber der Französischen Kirche, die damals noch eine Ruine war. Heute sitzt dort der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). De Maiziere vermittelte mir dabei deutlich den Eindruck, dass er trotz der Mehrheit, die er mit den Parteien der Allianz und den Liberalen schon besaß, ein ernsthaftes Interesse an der Regierungsbeteiligung der SPD hatte. Dieses Interesse schien mir nicht nur taktischer Natur zu sein. Er hatte dabei die absehbar häufige Notwendigkeit von verfassungsändernden Mehrheiten im Auge. Dazu kam aber auch, dass er vorhersah, dass die von der CDU geführte DDR-Regierung künftig stärker unter den Druck Helmut Kohls kommen würde. So hielt er es für gut, wenn ihm eine

Regierungsbeteiligung der SPD der Rücken für eigenständige Positionen stärken würde. Genau das war aber auch unser eigenes Interesse. In diesem ersten Gespräch wurde deutlich, dass er sich nicht nach der Rolle des Ministerpräsidenten sehnte. Er hoffte, dass Manfred Stolpe bereit sein würde, dieses Amt zu übernehmen. Später war dann davon aber nicht mehr die Rede. Dieses Gespräch sollte im Verborgenen stattfinden, doch hatten mich offensichtlich Fernsehjournalisten beobachtet und filmten mich von der Ruine der Französischen Kirche aus durch das Fenster im Gespräch mit de Maiziere. Abends erschienen diese Bilder im Fernsehen und sollten mir einigen Ärger machen und brachten mir den Vorwurf ein, mit de Maiziere zu kungeln.

Auch Reinhard Höppner hatte auf dem Hintergrund seiner persönlichen Kontakte nach Absprache mit mir und Richard Schröder das Gespräch mit de Maiziere gesucht. Am 23. März führten Richard Schröder, Reinhard Höppner und ich dann gemeinsam ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU, Lothar de Maiziere. Auf unserer Seite verfestigte sich bei diesem Gespräch der Eindruck, dass eine Koalition nicht nur politisch sinnvoll, sondern auch im konkreten Umgang und von der Zielsetzung her machbar sein würde. Mit dieser Haltung gingen wir dann in die Gremiensitzungen der nächsten Tage.

Am darauffolgenden Wochenende fanden verschiedene Kontakte mit der West-SPD statt. Obwohl Ibrahim Böhme am 23. März wegen der Stasivorwürfe seine Ämter ruhen ließ, traf er sich am 24. März 1990 noch gemeinsam mit Karl August Kamilli und Richard Schröder mit Hans-Jochen Vogel. Am 25. März gab es ein weiteres Gespräch, an dem dann auch Oskar Lafontaine, der Kanzlerkandidat der SPD, teilnahm, Böhme aber bereits nicht mehr. Vogel und Lafontaine sprachen sich deutlich für eine Koalition aus. Wichtig sei, dass die SPD in inhaltlichen Fragen die öffentliche Diskussion wesentlich mitbestimmen würde. Die Oppositionsrolle wurde als höchst gefährlich für die SPD eingeschätzt. Wir würden uns in die Rolle des ständigen Nörglers begeben, zugleich aber keine Verantwortung übernehmen. So bestärkten diese Gespräche uns, eine Koalition anzustreben, in der eingeschlagenen Richtung. Diese Ansicht bekräftigte mir auch Willy Brandt in einem Telefonat und erzählte bei dieser Gelegenheit, welche Schwierigkeiten er in den Zeiten der Großen Koalition 1966-1969 mit der eigenen Partei gehabt hatte. Doch gab es auch andere Stimmen aus der West-SPD. Am 29. März erhielt ich ein Telegramm von Albrecht Müller und etwa 50 weiteren Abgeordneten aus dem linken Flügel der

Bundestagsfraktion, in welchem sie warnten, eine Große Koalition einzugehen; wir würden so unser Profil als soziale Partei in diesem Prozess verlieren.¹

Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche mit Hans-Jochen Vogel war die inhaltliche Abstimmung über die weiteren Schritte im Vereinigungsprozess. Regelmäßige Kontakte und Abstimmungen wurden vereinbart. Schon am 29. Januar 1990 hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein Verbindungsbüro für die Kontakte mit der Ost-SPD beschlossen und gleich am nächsten Tag eröffnet. Bis zur Vereinigung übernahm Walter Zöller dort diese für uns sehr segensreiche Tätigkeit. Am 16. März wurde, wie schon erwähnt, darüber hinaus Dietrich Stobbe, MdB als persönlicher Beauftragter Hans-Jochen Vogels benannt für die Verbindung zum Vorsitzenden der künftigen SPD-Volkskammerfraktion.

In den Sitzungen der Parteigremien hatten Richard Schröder und ich über die Gespräche mit de Maiziere am 22. und 23. März berichtet, ebenso erstattete in der Fraktionssitzung am 27. März Richard Schröder der Fraktion einen Bericht und legte ihr auf der Grundlage des Wahlprogramms eine Erklärung zu Grundpositionen für die von uns empfohlenen Informationsgespräche vor. Diese wurden von der Fraktion beschlossen wie auch die Zusammensetzung der Delegation, der nach dem Vorschlag der Fraktionsvorstandes Schröder, Terpe, Gutzeit, Höppner und Meckel angehören sollten. Darüber hinaus wurde Wolfgang Thierse von der Fraktion als weiteres Mitglied in die Delegation entsandt, um die Position der Koalitionsgegner in die Gespräche einzubringen.

Am 29. März und 1. April fanden dann auf der Grundlage der von der Fraktion beschlossenen Grundpositionen zwei Runden der Informationsgespräche mit der CDU statt. Vonseiten der CDU nahmen der Vorsitzende de Maiziere sowie Martin Kirchner, Thilo Steinbach und Matthias Gehler teil. In diesen Gesprächen ging es um den Weg zur deutschen Einheit auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes GG, um die Vorbereitung der Währungsunion, damit verbundene soziale Fragen sowie um Verfassungsfragen. Die kommenden Kommunalwahlen wurden ebenso thematisiert wie die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine mögliche frühere Stasi-Zusammenarbeit.

¹ Siehe Sturm S. 337

Wir schlugen für die erste Volkskammersitzung eine Erklärung zu Polen, CSSR und Israel vor. Mit ihr wollten wir uns der Verantwortung stellen, die uns aus unserer Geschichte erwachsen war. In ihr sollte die Dauerhaftigkeit der polnischen Westgrenze bekräftigt werden, was von der CDU auch akzeptiert wurde. Die CDU machte deutlich, dass die Liberalen sich an der Koalition beteiligen würden und dass ein Ausbrechen der DSU aus der schon vor der Wahl gebildeten „Allianz für Deutschland“ nicht akzeptiert würde. Mit dieser Vorgabe waren heftige Auseinandersetzungen in der SPD vorprogrammiert.

Nach strittiger Diskussion beschloss der Parteivorstand am 2. April eine Empfehlung an die Fraktion, keine Koalitionsverhandlungen zu führen. Am selben Tag gab Böhme auf einer Pressekonferenz seinen Rücktritt bekannt. Noch am Nachmittag fand dann eine gemeinsame Sitzung des Präsidiums mit dem Fraktionsvorstand statt. Dort wurde gegen das Votum des Vorstandes beschlossen, mit der CDU und den schon in Koalitionsgesprächen befindlichen Fraktionen von DA, DSU und Liberalen förmliche Koalitionsgespräche aufzunehmen. Diese Entscheidung wurde am 3. April von der Fraktion übernommen. Eine Neunergruppe wurde als Verhandlungsdelegation bestimmt. Ihr gehörten außer Richard Schröder und mir Martin Gutzeit, Reinhard Höppner, Dankward Bringsmeier, Walter Romberg, Harald Ringsdorf, Frank Terpe und Wolfgang Thierse an.

Die erste Runde der Koalitionsverhandlungen fand dann bereits am Nachmittag statt. Dabei wurde vereinbart, neben der allgemeinen Verhandlungsrunde fünf Arbeitsgruppen einzurichten, in welchen die Details zu wichtigen Themenbereichen einer Koalitionsvereinbarung vorbereitet werden sollten. Diese Arbeitsgruppen umfassten:

1. Außenpolitik, Abrüstung, Sicherheit, Internationale Zusammenarbeit
2. Wirtschaft, Ökologie, Landwirtschaft Verkehr, Infrastruktur, Bauwesen Finanzen
3. Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen Jugend, Sport
4. Innenpolitik, Justiz, Länder, Verfassung, Stasi, Post- und Fernmeldewesen, SED-Vermögen
5. Kultur, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Medien

Die CDU (einschließlich des DA) sollte zwei, DSU und Liberale jeweils einen und die SPD zwei Teilnehmer pro Gruppe entsenden. Diese Arbeitsgruppen begannen ihre Arbeit am 6. April. Die SPD-Fraktion bereitete sich in ihren vorläufigen Arbeitskreisen

auf der Grundlage des Wahlprogramms intensiv auf diese Verhandlungen vor und verabschiedete jeweils Positionspapiere. Schon bei dieser Vorbereitungsarbeit bewährte sich die Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion aufs Beste.

In den beiden ersten Runden der Koalitionsgespräche am 3. und 4. April wurden grundsätzliche Fragen zur Regierungsbildung und –struktur, des Weges zur deutschen Einheit und zur Währungsunion etc. besprochen. Gleichzeitig wurden wichtige personelle und die Verfahren betreffende Vereinbarungen getroffen für die Konstituierung der Volkskammer am 5. April. Die CDU beanspruchte den Sitz des Präsidenten, obwohl Lothar de Maiziere unserem Vorschlag, Reinhard Höppner dafür zu nominieren, gar nicht so abgeneigt war. Beide kannten sich durch die gemeinsame Arbeit in der Bundessynode der evangelischen Kirchen gut. Am 5. April wurde er als Stellvertreter der Präsidentin Bergmann-Pohl gewählt und hat dann gerade in wichtigen und turbulenten Sitzungen der Volkskammer das Plenum geleitet. In der gleichen Sitzung wurde entsprechend der Verfassung der DDR Lothar de Maiziere mit der Regierungsbildung beauftragt.

Die DSU bot der SPD in der ersten Koalitionstrunde eine gesonderte Gesprächsrunde an, um die gegenseitigen Vorbehalte auszuräumen. Diese fanden dann am 5. April auch statt. Hier entschuldigte sich die DSU für die Ausfälle und Unterstellungen im Wahlkampf.

In den nächsten Tagen fanden fast täglich neben den Arbeitsgruppen Koalitionsgespräche in der großen Runde statt. Die Arbeit ging zügig voran und stand unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit, ja, man muss schon von Druck sprechen. Während die CDU kaum inhaltliche Vorarbeiten einbrachte, geschah dies durch die Arbeitsgruppen der SPD in hohem Maße, so dass der Text der Koalitionsvereinbarung stark von den Vorschlägen der SPD geprägt wurde. Die Vereinbarung machte deutlich, wie komplex und schwierig die vor uns liegenden Aufgaben waren. Es ging ja darum, die Transformation zu einem demokratischen Rechtsstaat zu gestalten und die Entwicklung einer pluralistischen, offenen Gesellschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig sollte alles immer schon im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen zur deutschen Vereinigung geschehen. Ebenfalls schwierig erwiesen sich die Verhandlungen über die Regierungsstruktur, die Verteilung der Ministerien und die damit zusammenhängenden Personalfragen.

Schon bei der ersten Koalitionsrunde war deutlich, dass die CDU und die Maiziere als Wahlsieger auf dem Innen- und Verteidigungsministerium bestanden. Man hatte sich schon darauf festgelegt, dass Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch das Verteidigungsministerium erhalten sollte – mit dem schönen Namen „Minister für Abrüstung und Verteidigung“ – und dass Diestel von der DSU das Innenministerium. Es wurde der Verhandlungsdelegation und natürlich besonders mir selbst immer wieder vorgeworfen, dass die SPD nicht das Innenministerium beansprucht hätte. Diese Möglichkeit bestand jedoch in Wirklichkeit nicht, da bei Beginn der Verhandlungen hier schon Festlegungen getroffen waren, die wir zu akzeptieren hatten, wenn wir zu einem Ergebnis kommen wollten.

Auf dieser Grundlage wollten wir jedoch einen Staatssekretär im Innenministerium und erhielten sogar von Diestel die Zusage, dass dieser die Zuständigkeit für den Bereich der Staatssicherheit erhalten würde. Leider verschenkte die SPD-Fraktion in den folgenden Wochen die Möglichkeit, in diesem Bereich besondere Verantwortung übernehmen zu können, weil sie darauf bestand, Dankward Brinksmeier, der dem Ausschuss des Runden Tisches zur Auflösung der Staatssicherheit angehört hatte, dafür zu nominieren. Gerade aufgrund seiner Erfahrung mit ihm in diesem Ausschuss lehnte Diestel jedoch seine Benennung ab. So entspann sich in der Folge ein wochenlangender Streit, der dazu führte, dass die Zuständigkeiten im Innenministerium längst anders verteilt wurden – mit den bekannten Folgen, die dann mit Recht vielfach beklagt wurden. Richard Schröder und ich hatten auch andere Personalvorschläge vorbereitet, so Ulrich von Sass, der in Neubrandenburg bei der Auflösung der Stasi Erfahrungen gesammelt hatte. Doch war dem kein Erfolg beschieden.

Für die Übernahme von Ministerien hatten wir zwei besondere Wünsche, das Ministerium für Soziales und das Außenministerium. Wir hatten im Wahlkampf immer wieder betont, dass die deutsche Vereinigung so geschehen solle, dass niemand sie befürchten müsse, weder die sozial Schwachen noch die europäischen Nachbarn. So wollten wir auch in diesen beiden Bereichen Verantwortung übernehmen. Ursprünglich hatte die CDU dieses Ministerium besetzen wollen und dafür Manfred Stolpe vorgesehen. Ich war persönlich unsicher, ob ich nach der Erfahrung im Vorstand bei der Übernahme des amtierenden Parteivorsitzes, das Außenministerium anstreben sollte, an dem ich andererseits sehr interessiert war. An einem langen Abend besprach ich das bei einem Essen mit Rolf Schmachtenberg,

das Für und Wider bedenkend. Schließlich entschied ich mich, es zu wollen. Nachdem die Verhandlungsgruppe mich dann für das Außenministerium vorgeschlagen hatte, kandidierte Walter Romberg in der Fraktion gegen mich, konnte jedoch keine Mehrheit gewinnen. Für das Sozialministerium machte die AG Soziales den Vorschlag, Regine Hildebrandt zu nominieren. Sie war die Schwägerin des Organisten Herbert Hildebrandt an der St. Bartholomäus Kirche beim Missionshaus, der mir das Trompetenblasen beigebracht hatte. Nach einem Gespräch in der Neunerrunde wurde dieser Vorschlag unterstützt – eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen auch über die Vereinigung hinaus. Regine Hildebrandt wurde zur Ruferin für das soziale Gewissen in der Vereinigung.

Bei den anderen Ministerien war es für uns nicht leicht zu entscheiden, welches Ministerium wir anstreben sollten. Denn es stand nicht nur zur Frage, was aus inhaltlichen Gründen für uns wichtig war, sondern auch, welche kompetente Person uns dafür zur Verfügung stand. Ein besonders schwieriges Problem stellte sich angesichts der Besetzung des Finanzministeriums. Die CDU hatte demgegenüber das Wirtschaftsministerium zu besetzen. Richard Schröder und ich schlossen nicht aus, dass die CDU hierfür Elmar Pieroth nominieren würde. Wir hätten das auch gar nicht für schlecht gehalten, war uns doch klar, dass es schwierig sein würde, das Wirtschaftsministerium in dieser Situation mit jemandem zu besetzen, der die westliche Wirtschaft und ihre Strukturen nicht kannte. Das gleiche Problem ergab sich in unseren Augen für das Finanzministerium. So überlegten Richard Schröder und ich, dass es ebenfalls gut wäre, das Finanzministerium mit einem versierten Fachmann aus der West-SPD zu besetzen. Über Dietrich Stobbe und Hans-Jochen Vogel kam der Kontakt zu Manfred Schüler zustande, dem Kanzleramtsminister von Helmut Schmidt, der inzwischen KfW-Vorstandsmitglied war. Mit ihm verabredeten Richard Schröder und ich uns im Reichstag, um ihn für das Finanzministerium zu gewinnen. Am Tag vorher hatten wir uns gleichzeitig darauf verständigt, dass wir für den Fall, dass die CDU doch keinen Minister aus dem Westen akzeptieren würde, Walter Romberg fragen wollten. Aus Zeitnot fragte Richard Schröder ihn schon vor dem Gespräch mit Schüler und teilte ihm auch Ort und Zeit des Gesprächs mit. Er bat um Bedenkzeit. Während wir nun mit Schüler sprachen, betrat Romberg den Raum und erklärte unvermittelt: „Ich mach´s!“ Damit war jede Chance dahin, Schüler zu gewinnen, er betonte, er wolle beileibe niemanden verdrängen. Man stelle sich

einmal vor, was es bedeutet hätte, wenn in den Verhandlungen zur Währungsunion Manfred Schüler Theo Waigel gegenübergesessen hätte.

Im Ergebnis der Verhandlungen besetzte die SPD sieben Ministerien. Ursprünglich waren uns nur sechs zugestanden worden, die DSU erhielt nur zwei Ministerien, von den anfänglich drei vorgesehenen: Ich erhielt das Außenministerium, Walter Romberg das Finanzministerium, Regine Hildebrandt das Sozial- und Gesundheitsministerium, Emil Schnell das Postministerium, Frank Terpe das Wissenschafts- und Forschungsministerium, Sybille Reider das Handelsministerium und Peter Pollack das Landwirtschaftsministerium.

Die Fraktion bestätigte am 10. April in Anwesenheit des Parteivorstandes das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen und stimmte der Koalition zu. Am Morgen des 12. April wurde die Koalitionsvereinbarung unterschrieben. In der Nacht vorher hatte Martin Gutzeit sie noch in seinen Computer geschrieben und die notwendigen Exemplare hergestellt. Die CDU war offensichtlich trotz ihres ausgebauten Apparates nicht dazu in der Lage gewesen, diese technischen Mittel und organisatorischen Abläufe bereitzustellen. Die öffentliche Unterzeichnung verzögerte sich etwas, da die Exemplare etwas zu spät fertig wurden. Am selben Tag wurden der Ministerpräsident und die Minister vereidigt.

Die Koalitionsvereinbarung war ein zentrales Dokument, das das Selbstverständnis dieser Regierung am Beginn ihrer Arbeit widerspiegelte. Sie war das Ergebnis der ersten freien Wahl in der DDR, die durch eine Friedliche Revolution erzwungen worden war. Durch den Willen der großen Mehrheit der DDR-Bürger hatte sie zum einen die Aufgabe, die deutsche Einheit zu schaffen – und sich damit selbst abzuschaffen. Dies sollte in Verhandlungen geschehen. Mit dem Wahlergebnis vom 18. März war klar, dass der verfassungsrechtliche Weg als Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen werden sollte. Das sollte aber nicht einfach so, sondern nach Verhandlungen geschehen, die in einen Vertrag mündeten, der die Bedingungen und Verbindlichkeiten des Beitritts festlegte. Diese Verhandlungen und damit die Notwendigkeit eines Einigungsvertrages in der Präambel ausdrücklich zu erwähnen, war mir ein besonderes Anliegen gewesen, denn ursprünglich wollte sich die CDU hier keineswegs festlegen.

Zum anderen wurde von dieser Regierung der notwendige Umgestaltungsprozess der kommunistischen Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Angriff

genommen, die Schaffung eines demokratischen Rechtsstaats und die Gestaltung des Rahmens für eine offene Gesellschaft. Dazu gehörten die Wiedereinrichtung der Länder, die wir schon mit dem Aufruf zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei im Sommer 1989 als erste gefordert hatten, und die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung. So sollte sich die DDR noch für die Zeit ihres Bestehens in die freie Staatenwelt einfügen und ihrer Verantwortung für ein Europa der Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung gerecht werden. Dafür wollten wir die KSZE stärken und zu einer stabilen Institution ausbauen. Von Beginn an wollten wir uns der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit widmen; wir sahen diesen Prozess als eine wichtige Dimension des Demokratisierungsprozesses an. Damit wollten wir die Fehler vermeiden, die im Westen nach 1945 gemacht wurden. Fraktionsübergreifend wurde in der Sitzung vom 12. April, in der auch die Regierung vereidigt wurde, beschlossen, dass sich die Abgeordneten der neu gewählten Volkskammer auf Mitarbeit mit der Staatssicherheit überprüfen lassen müssten. Dafür wurde ein Ausschuss gebildet. So sollte gewährleistet werden, sie „nicht durch die Schatten der Vergangenheit gelähmt oder durch immer wieder aufkommende Anschuldigungen erpresst werden können. Das Vertrauen in die moralische Integrität und die politische Handlungsfähigkeit unserer jungen Demokratie muss wachsen.“²

Wie für die anderen Bereiche der notwendigen Transformation so hatten wir auch die Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik in der Koalitionsvereinbarung detailliert ausgehandelt, so dass der Rahmen und die Zielstellungen für die anstehenden Verhandlungen schon ziemlich klar beschrieben waren. Nur waren es hier, anders als bei Gesetzgebungsvorhaben, Orientierungen für die Verhandlungen mit Dritten. Die demokratische DDR sollte sich als eine aktive Partnerin in die Gestaltung des künftigen Europa und seiner Sicherheitsstrukturen einbringen. Zwar wurde eine vorläufige Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der Nato zugestanden, doch sollte diese ihre Strategien maßgeblich ändern. Letztlich sollte es darum gehen, Sicherheit in einem gesamteuropäischen System zu gewährleisten. Es war klar, dass die DDR künftig als Teil des vereinten Deutschland den Europäischen Gemeinschaften angehören wird. So beschrieben wir es als eine wichtige Aufgabe, dass die damit verbundene Ausdehnung der EG um Ostdeutschland von der DDR-Regierung vorbereitet und verhandelt werden sollte. Erstaunt mussten wir später

² Antrag aller Fraktionen, Wortprotokoll der Sitzung vom 12.4.1990, S. 24

feststellen, dass die Bundesregierung das verhindern und sich allein die Kompetenz dazu vorbehalten wollte. Das sollte schließlich noch zu einigen Schwierigkeiten führen.

Mir war es von Beginn an wichtig, die Parlamentstätigkeit mit einer Erklärung zu beginnen, in der wir uns in die Verantwortungsgeschichte stellen, die uns aus unserer belasteten Vergangenheit gemeinsam mit der Bundesrepublik durch die Verbrechen des Nationalsozialismus erwachsen war. Wir wollten uns als geistige Grundlage der demokratischen DDR ganz bewusst zu diesen bekennen.

Die Erklärung, die dann am 12. April von der Volkskammer mit 21 Enthaltungen verabschiedet wurde, hatten wir als SPD in den Koalitionsgesprächen vorgeschlagen und verabredet. Sie nahm verschiedene Themen und Anregungen auf und benannte deutsche Schuld gegenüber den Juden, den Völkern der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und gegenüber Polen, und verband damit konkrete politische Herausforderungen und Initiativen.

In dieser Erklärung heißt es: „Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma. Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.“

Die kommunistische DDR hatte eine solche Übernahme von Schuld und Verantwortung immer von sich gewiesen. Für sie stand die DDR an der Seite der ruhmreichen Sowjetunion; an der Seite der Sieger des Zweiten Weltkriegs und des Fortschritts. Eine die Gesellschaft einbeziehende und die Verantwortung des Einzelnen reflektierende Aufarbeitung des Nationalsozialismus hatte es in der kommunistischen DDR nicht gegeben. Allein in den evangelischen Kirchen und in verschiedenen oppositionellen Gruppen wurde diese Schuldgeschichte gesehen und konkrete Versöhnungsinitiativen entfaltet.

Für die demokratische DDR sollte dieses Schuldbekenntnis vom 12. April 1990 eine wesentliche Grundlage ihrer Politik sein. Während die früheren Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten durch die kommunistische Ideologie und die Zugehörigkeit zum sowjetischen Einflussbereich innerhalb des Ost-West-Konflikts

geprägt, so sollten diese jetzt geistig und politisch neu begründet und gestaltet werden.

Gerade für das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn, die mit uns unter der kommunistischen Diktatur gelitten hatten, denen sich jedoch auch die Geschichtsvergessenheit der DDR fest eingeprägt hatte, hatte diese Erklärung besondere Bedeutung.

Wichtig war außerdem, dass wir nicht so taten, als knüpften wir unmittelbar an die Nachkriegszeit an. Die Schuld der kommunistischen Zeit sollte nicht verdrängt, sondern bewusst bearbeitet werden. Sowohl gegenüber dem jüdischen Volk und Israel wie gegenüber der Tschechoslowakei spielte diese Dimension eine wichtige Rolle. Die gemeinsame Erklärung entfaltete diese Verantwortung in vier verschiedene Richtungen:

1. Am Anfang stand die Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk. Für die SED war – wie für die Sowjetunion – die Shoa, der Holocaust immer nur ein Nebenaspekt der Geschichte des Nationalsozialismus. Die Volkskammer bat um Verzeihung für „Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“ Konkrete politische Konsequenz sollte u.a. sein, dass jüdische Religion und Kultur gefördert und geschützt sowie Friedhöfe, Synagogen, und Gedenkstätten erhalten und gepflegt werden. Auch wenn die deutsche Vereinigung bevorstand, sollte aus symbolischen Gründen noch mit Gesprächen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel begonnen werden. Verfolgten Juden sollte in der DDR Asyl gewährt werden.³ Dies setzten wir zum Entsetzen der Bundesregierung auch sehr schnell um. Nach der Vereinigung sah die Bundesregierung keine Möglichkeit, das rückgängig zu machen und schuf neue Rechtsgrundlagen dafür. So brachten wir eine erhebliche Zuwanderung von Juden

³Die Initiative dazu ging schon vom Runden Tisch aus. Dort hatte die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) am 12. Februar 90 einen Antrag zur „Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR“ eingebracht. Dieser nahm einen entsprechenden Aufruf des „Jüdischen Kulturvereins in der DDR“ auf und wurde am gleichen Tag einstimmig beschlossen. (Dok Rd. Tisch 12. Sitzung, Vorlage 12/33). Darin heißt es: „Seit Wochen hören wir von antijüdischen Pogromandrohungen in verschiedenen sowjetischen Städten. Antisemitische und nationalistische Kräfte haben sich organisiert und bedrohen das Leben von Juden. Diese Entwicklung bedroht nicht nur Menschenleben, sie stellt auch den Erfolg der Perestrojka in der Sowjetunion in Frage.“ Nach der Wahl setzte sich insbesondere das „Bündnis 90“ (Konrad Weiß, Almuth Berger) für diese Regelung ein.

aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Gang, ohne welche so manche jüdische Gemeinde in Deutschland heute nicht mehr lebensfähig wäre.

2. Auch gegenüber der Sowjetunion war es uns wichtig, die künftigen Beziehungen historisch zu verorten. Wir wollten die Russen und die anderen Völker der Sowjetunion nicht mit Stalin und dem Kommunismus identifizieren. Stattdessen wollten wir die deutsche Schuld des Angriffs- und rassistisch motivierten Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion mit den Millionen von Opfern anerkennen und auf dieser Grundlage heute für Versöhnung eintreten. Zum anderen wollten wir zum Ausdruck bringen, dass gerade Russen und die anderen Völker der Sowjetunion selber in hohem Maße Opfer der kommunistischen Diktatur wurden - ebenso wie Deutsche die ersten Opfer Hitlers waren. Gleichzeitig erkannten wir an, dass Gorbatschow und die Veränderungen in der Sowjetunion einen wichtigen Anteil daran hatten, dass bei uns Freiheit und Demokratie gesiegt hatten. Dies sollte auch für die künftige Gestaltung Europas berücksichtigt werden. Deutschland sollte wie die Sowjetunion in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem integriert sein, weil nur so in Europa Frieden und Sicherheit garantiert werden können. Die von der DDR mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge sollten möglichst einvernehmlich den neuen Realitäten angepasst werden.

3. Gegenüber der Tschechoslowakei bekannte sich die Volkskammer zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 durch Truppen des Warschauer Vertrages und bat dafür um Entschuldigung: „Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht.“ Wir wussten damals noch nicht, dass die Nationale Volksarmee 1968 im letzten Augenblick dann doch nicht mit in die CSSR einmarschiert war.

4. Eine im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung besondere Bedeutung hatte das Verhältnis zu Polen. Auch wenn es in allen Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft in den Ländern Ost- und Mitteleuropas Opposition und Widerstand gegeben hatte, so war der polnische Widerstand seit den 1970er Jahren am breitesten und wohl auch am tiefsten in der Bevölkerung verwurzelt. Um ein Übergreifen auf die DDR-Bevölkerung zu verhindern scheute sich die SED auch nicht, antipolnische Ressentiments zu schüren. Doch in der DDR gab es eine große

Anerkennung gegenüber der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc, die das kommunistische Regime zum ersten Mal durch Widerstand aus der Gesellschaft heraus wanken ließ. Noch wichtiger als diese historische Verbundenheit war jedoch die notwendige dauerhafte Gültigkeit der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße. Dies bekräftigte die Volkskammer ohne jede Bedingung. „Insbesondere das polnische Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Wir bekräftigen die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus. Dies soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament vertraglich bestätigen.“